

**Protokoll der 4. Sitzung**

**Mittwoch, 10. Dezember 2014, 19.30 - 21.30 Uhr,  
im Gemeindesaal**

Vorsitz

Urs Zbinden, Präsident

Protokollführerin

Sonja Büchli, Vize-Gemeindeschreiberin

Stimmzähler

Michel Huggler  
Heidi Niedermann

Präsenz

Es sind 35 Ratsmitglieder anwesend.

Entschuldigt sind Sonja Füllemann, Urs Füllemann, Barbara Gurtner, Ineke Irniger und Ueli Kohler.

## Traktandenliste

1. Inpflichtnahme von Christine Knüsel-Bachofer anstelle des zurückgetretenen Andre Rotzetter
2. Künftige Schulorganisation der Stadt Aarau und der Gemeinde Buchs: Kredit für die Ausarbeitung der Unterlagen der "Volksentscheide zum neuen Kreisschulverband Aarau-Buchs"
3. Werkleitungersatz im Juraweg. Kreditbegehren
4. Einbürgerungen
  
5. Bericht des Gemeinderats zum Postulat von Andreas Frey, Grüne Buchs, betreffend Senkung des Energieverbrauchs der öffentlichen Gebäude und der Verwaltung der Gemeinde Buchs
6. Postulat von Joel Blunier, EVP Buchs, betreffend Mithilfe Freiwilliger in den Sozialen Diensten
7. Wahl eines Mitglieds der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission mit Wirkung ab 1. Januar 2015 für den Rest der laufenden Amtsperiode 2014/2017 anstelle des zurücktretenden Urs Füllemann
8. Eingänge
9. Verschiedenes

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwendungen erhoben.

***Inpflichtnahme von Christine Knüsel-Bachofer anstelle des zurückgetretenen Andre Rotzetter***

Christine Knüsel-Bachofer anstelle des zurückgetretenen Andre Rotzetter wird vom Ratspräsidenten vorschriftsgemäss in Pflicht genommen.

**Künftige Schulorganisation der Stadt Aarau und der Gemeinde Buchs: Kredit für die Ausarbeitung der Unterlagen der "Volksentscheide zum neuen Kreisschulverband Aarau-Buchs"**

(Botschaft des Gemeinderats vom 28. Oktober 2014)

Herr Beat Spiess, Mitglied FGPK (erläutert seinen Vortrag mit einer Präsentation): Über diese Vorlage konnten wir uns bereits an der Informationsveranstaltung vom 24. November 2014 und anhand der Botschaft mit diversen Beilagen informieren. Deshalb ist es nicht nötig und möglich auf alle Themen nochmals vertieft einzugehen. Einige Punkte möchte ich jedoch hervorheben.

**Ausgangslage**

Im Jahr 2000 hat das Aargauer Volk dem neuen Schulgesetz und damit auch zu REGOS, der "Regionalisierung der Oberstufen" zugestimmt. Die Gemeinde Buchs und die Gemeinde Rohr waren darauf bereits gut vorbereitet, sie haben im 2001 die Kreisschule Buchs-Rohr gegründet. Dadurch konnte die Oberstufe gerettet werden. Im 2010 fand die Fusion zwischen den Einwohnergemeinden Aarau und Rohr statt. Im 2011 folgte der Beschluss der Exekutiven der Stadt Aarau und der Gemeinde Buchs, eine weitere Zusammenarbeit zu prüfen und entweder einen Schulverband zu gründen oder eine Vertragslösung für die weitere Schulpolitik zu finden. In den Unterlagen ist viel von Projektphasen die Rede. Bis 2011 spricht man von einer Vorphase. Dann wurde ein Entscheid gefällt, die beiden Varianten, Kreisschulverband und Zusammenarbeit mit Gemeindevertrag, ausarbeiten zu lassen. In einer sogenannten Phase I im 2012 beschloss man, eine Auslegeordnung zu machen. Im September 2012 haben dann die beiden Exekutiven beschlossen, gemeinsam die Zukunft des Schulraums zu planen. In einer Phase II im Jahr 2013 wurde der Beschluss gefällt, die Variante Kreisschullösung und Vertragslösung gleichwertig ausschaffen zu lassen. Es wurden vier Fachgruppen gebildet. Eine Erste zum Schulangebot und der Qualität, eine Zweite, welche über das Eigentum der Schulliegenschaften und die finanziellen Konsequenzen zu befinden hatte, eine Dritte, in der es um die politische Einflussnahme ging und eine Vierte, worin es um rechtliche und organisatorische Aspekte in die Überführung einer neuen Schulorganisation ging.

Am 4. November 2013 haben der Stadtrat Aarau und der Gemeinderat Buchs die Berichte dieser Fachgruppen entgegengenommen und den Empfehlungen des Projektteams zugestimmt. Diese Empfehlungen finden Sie auf Seite 6 der Vorlage. Bei diesen Empfehlungen gilt es, in einer weiteren Phase noch einiges zu konkretisieren. Die Empfehlungen sind:

- a. Die Stadt Aarau und die Gemeinde Buchs planen ihren Schulraum gemeinsam und koordinieren ihre Investitionen in die Schulinfrastruktur.
- b. Die Stadt Aarau und die Gemeinde Buchs tauschen Schülerinnen und Schüler auf der Oberstufe und im Grenzgebiet auch auf Stufe Kindergarten und Primarschule aus.
- c. Die Stadt Aarau und die Gemeinde Buchs führen eine gemeinsame Kreisschule Aarau-Buchs im Sinne eines Kreisschulverbands.
- d. Der Kreisschulverband Aarau-Buchs nimmt gegenüber den Nachbargemeinden Biberstein, Erlinsbach AG, Erlinsbach SO und Küttigen Zentrumsfunktion auf Stufe Bezirksschule wahr.
- e. Der Kreisschulverband legt die interkommunale Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden einvernehmlich fest.
- f. Die Stadt Aarau und die Gemeinde Buchs übernehmen die bestehenden Schulliegenschaften auf dem Stadt- bzw. Gemeindegebiet von der Kreisschule Buchs-Rohr.
- g. Die Stadt Aarau und die Gemeinde Buchs teilen sich die Kosten des Kreisschulverbands aufgrund von Schülerzahlen.
- h. Die Stadt Aarau und die Gemeinde Buchs verstärken, im Vergleich zur derzeitigen Situation, ihre politische Einflussnahme im Kreisschulverband Aarau-Buchs. Insbesondere wird der Kreisschulrat

politischer zusammengesetzt, d. h. aus Mitgliedern der Legislativen und Exekutiven von Aarau und Buchs sowie aus vom Volk gewählten Einwohnerinnen und Einwohnern.

Momentan befinden wir uns in der Phase IIIa. Diese beinhaltet die Ausarbeitung der Unterlagen für den Volksschulentscheid zum neuen Kreisschulverband Aarau-Buchs und in einer weiteren Phase, sofern Phase IIIa bewilligt wird, den Aufbau des Kreisschulverbands Aarau-Buchs. Das Ziel ist es, am 1. August 2017 mit der neuen Schule zu beginnen. Zwischen März und Juni 2016 sind die Volksabstimmungen geplant.

Auf dem Diagramm sehen Sie hier, wie die neue Organisation der Kreisschule Aarau-Buchs aussehen soll. Für uns Buchser enthält dies nicht viel Neues. Statt Rohr bzw. später Aarau Rohr steht schlussendlich einfach nur noch Schule Aarau da. Es wird nochmals gezeigt, dass die Legislative der Kreisschulrat sein wird. Die Exekutive bildet die Kreisschulpflege und dann gibt es natürlich noch die Schulleitung.

Es gilt nochmals hervorzuheben, welches die Vorteile einer gemeinsamen Kreisschule Aarau-Buchs sind. Für die Stadt Aarau sind dies und gleichzeitig eine Auflage des Kantons: Gleichbehandlung aller Aarauer Schüler/innen. Dies ist momentan noch nicht der Fall. Für Buchs ist der Hauptvorteil der Erhalt der Oberstufe in Buchs und damit auch der Erhalt der Standortattraktivität der Gemeinde. Generelle Vorteile für beide Seiten sind die gemeinsame Schulraumplanung, ausgeglichene Abteilungsgrössen und die Möglichkeit, ein breitgefächertes Schulangebot anbieten zu können. Im Weiteren ist es auch ein starkes Zeichen für eine regionale Zusammenarbeit.

Beim vorliegenden Antrag geht es nun um die Phase IIIa: Um die Vorbereitung der Volksentscheide für den neuen Kreisschulverband Aarau-Buchs und die nötigen Mittel, im Fall von Buchs von Fr. 53'000.--. Diese Mittel sollen verwendet werden für eine externe Projektleitung, Expertenaufträge für die Schulinfrastruktur, insbesondere für die Schätzung der Schulanlage und Berechnung der zukünftigen Schulraummieten. Im Weiteren soll der künftige IT-Betrieb geklärt werden. Für die Abstimmungsreife der Vorlage braucht es zudem die Ausarbeitung der Satzungen für die neue Kreisschule.

Der Einwohnerrat Aarau hat am Montag der analogen Vorlage mit 41 : 6 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zugestimmt.

## **Antrag**

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig (bei 7 Anwesenden), für die Ausarbeitung der Unterlagen der "Volksentscheide zum neuen Kreisschulverband Aarau-Buchs" (Schaffung eines Gemeindeverbands Kreisschule Aarau-Buchs (inkl. Satzungen), Auflösung des Gemeindeverbandes Kreisschule Buchs-Rohr und Änderung der Gemeindeordnungen) sei ein Kredit von Fr. 53'000.-- zu bewilligen.

Herr Gemeinderat Anton Kleiber: Ich möchte zum Resultat von Aarau noch ergänzen, dass dort ein Abänderungsantrag der Grünen angenommen worden ist. Ich möchte diesen vorlesen, damit ihr für die nachfolgende Diskussion alle Fakten habt: "Der Erarbeitungsprozess soll durch ein breit abgestütztes Gremium begleitet werden. Dies soll die Anliegen der Direktbetroffenen einbringen. Namentlich sollen Vertreter der Schulpflege, der Schulleitung und des Einwohnerrats beider Gremien vertreten sein." Dazu kann ich sagen, dass dies für uns in der Kommission kein Problem darstellt. Ich kann auch im Namen meiner Amtskollegin im Stadtrat Aarau sprechen, dass wir sowieso die Überlegung angestellt haben, in einer nächsten Phase die Kommission noch breiter abzustützen und zu erweitern und auch Einwohnerräte beizuziehen. Es braucht also aus meiner Sicht kein Abänderungsantrag, da diese Erweiterung sowieso eingeplant ist. Beat hat gesagt, es ändere sich nichts. Ein Punkt gilt es zu berücksichtigen. Bis jetzt waren wir der grosse Partner der Kreisschule Buchs-Rohr und da gibt es einen Rollenwechsel. Aber aufgrund

der vehementen Verteidigung der "Neuaarauer von Rohr" für die neue Kreisschule kann man sagen, dass auch der Kleinpartner gute Erfahrungen gemacht hat in einer grossen Kreisschule. Von daher haben wir vom Gemeinderat absolut nicht das Gefühl, dass dies ein Problem sein könnte. In den Diskussionen mit dem Stadtrat Aarau sind wir immer sehr partnerschaftlich miteinander umgegangen.

## Diskussion

Herr Dimitri Spiess: Ich habe ebenfalls vernommen, dass der Einwohnerrat Aarau einem Antrag der Grünen zugestimmt hat, damit die Einwohnerräte in das Erarbeitungsprozedere miteinbezogen werden. Ich habe nun ebenfalls einen **Antrag** formuliert, um ihn auch hier zu behandeln und ich habe ihn zudem ausgeweitet auf den Kreisschulrat. Er lautet wie folgt: Der Antrag zur künftigen Schulorganisation der Stadt Aarau und der Gemeinde Buchs sei mit folgendem Satz zu ergänzen: Zur Ausarbeitung der Satzungen für den Schulverband der Gemeinden Aarau und Buchs sind die Einwohnerräte beider Gemeinden sowie der Kreisschulrat Buchs-Aarau Rohr einzubeziehen.

Frau Heidi Niedermann: Seit geraumer Zeit beschäftigt mich diese Vorlage sehr. Als anfangs überzeugte Befürworterin der Verbandslösung wurde ich durch verschiedenste Diskussionen mit Lehrkräften aus Aarau und Buchs sowie mit Vertretern aus Bereichsleitungen sehr verunsichert. Die besuchten Infoveranstaltungen konnten meine Bedenken auch nicht gerade verringern. Vor gut 10 Jahren wurde mit viel Kompetenz und Enthusiasmus die Kreisschule Buchs-Rohr durch zukunftsorientierte Architekten geplant und umgesetzt. Dieses Bauwerk konnte nur durch das gemeinsame Mitwirken und Mittragen aller am Bau Beteiligten zu einem Konstrukt werden, wie wir es aktuell haben. Wie bekannt muss dieses Bauwerk umgebaut werden. Vergessen wir bitte nicht, dass es auch bei einem Umbau äusserst wichtig ist, Bauleitung und Handwerker adäquat in den Bauprozess einzubeziehen. Nur der Einbezug aller Hauptakteure garantiert eine mit mehr Vertrauen als Misstrauen angestrebte Verbandslösung. Ich bitte daher den Gemeinderat, dafür zu sorgen, dass dieses Anliegen umgesetzt wird.

Herr Gemeinderat Anton Kleiber: Ich möchte bemerken, dass wir nicht über die Einwohnerräte von Aarau bestimmen können. Ich finde, darüber können wir nicht abstimmen, dies wäre nicht korrekt. Wir können nur darüber entscheiden, was wir in Buchs wollen und Aarau muss über ihre Leute selber entscheiden. Der Einwohnerrat kann ebenfalls nicht über den Kreisschulrat entscheiden. Der Kreisschulrat entscheidet über sich selbst. Wir haben jedoch Einwohnerräte, die im Kreisschulrat sind, deshalb sehe ich kein Problem, dies umzusetzen.

Herr Dimitri Spiess: Der Einwohnerrat Aarau hat einen Antrag der Grünen gutgeheissen, den Einwohnerrat Aarau miteinzubeziehen. Deshalb muss dementsprechend auch der Einwohnerrat Buchs miteinbezogen werden. Ich bin damit einverstanden, dass der Antrag wie folgt umformuliert wird.

**Neuformulierung Antrag:** Zur Ausarbeitung der Satzungen für den Schulverband der Gemeinde Buchs und der Stadt Aarau sind die Einwohnerräte von Buchs sowie der Kreisschulrat einzuladen.

### Abstimmung Antrag

Dem Antrag wird mit 33 : 0 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) zugestimmt.

Herr Hans Hartmann: Bei mir haben sich zwei Fragen gestellt, als ich die Botschaft durchgelesen habe. Ursprünglich hatte man zwei Varianten ins Auge gefasst. Bei der Ausarbeitung für die Volksabstimmung will man sich jetzt nur noch auf die Variante Kreisschulverband konzentrieren. Ich finde es schade, dass man nicht auch zum Thema Vertragslösung etwas ausgearbeitet hat. Weshalb nicht? Ich würde es gutheissen, wenn man dem Volk zwei Varianten vorlegen könnte, ganz neutral. Mir ist klar, der Stadtrat und der Gemeinderat haben eine Präferenz. Aber wenn man eine Volksabstimmung machen muss, dann

wäre es angebracht, beide Varianten aufzuzeigen und die Vor- und Nachteile zu präsentieren. Die zweite Frage: Man liest in der Botschaft nur das Positive und auch heute haben wir nur das Positive gehört. Wir wissen doch alle, dass jede Medaille zwei Seiten hat. Welches sind die negativen Auswirkungen eines Kreisschulverbands? Man sagt zwar immer, es gebe einfache Entscheidungswege mit Kreisschulrat, Schulpflege und Schulleitung. In der Wirtschaft hat man eine Geschäftsleitung und einen Verwaltungsrat, d. h. zwei Stufen. Wieso macht man ein dreistufiges System? Man konnte auch früher Schulen führen mit einer Schulleitung und einem Schulrat, fünf bis zehn Leute, die die strategische Führung übernommen haben. Weshalb muss man es so kompliziert machen? Es gibt eine Verwaltung, die automatisch zentralistischer und schwerfälliger sein wird als eine kleine Kreisschule. Und vor allem wird es bestimmt politischer. Die Kreisschule Buchs-Rohr besteht zwar aus verschiedenen Partnern, aber es sind zwei Dörfer, die auf Augenhöhe miteinander kommunizieren. Aarau ist eine Stadt. Und eine Stadt ist politischer. Das Argument, man könne Schulhäuser besser zuteilen und sei flexibler mit Schulräumen zieht für mich nicht. Auf dem Papier tönt dies sehr gut. Aber in der Praxis umsetzbar? Wenn es dann heisst, du hast jetzt hier Schule und in zwei Stunden musst du dort sein etc. Die ganze Umsetzung ist dann nicht so einfach wie man denkt, sondern kann auch sehr komplex werden, dieses Gebilde - mit allen Vorteilen die es unbestritten auch hat. Ich finde es schade, dass man sich nur auf ein System konzentriert. Man könnte böswillig sagen, wenn man Schulen fusionieren will, will man dann auch bald Gemeinden fusionieren. Ist dies der Zweck? Ich bin gegen diese Vorlage, weil nur die Kreisschulverbands-Lösung weiterverfolgt wird und nicht auch noch eine Vertragslösung. Innerhalb der Partei sind wir jedoch gespalten.

Herr Urs Knecht: Die CVP sagt ja zum Kredit für die Ausarbeitung der Unterlagen für den Volksentscheid zur Kreisschule Aarau-Buchs und unterstützt die neue Kreisschule. Es hat mich natürlich sehr gefreut, dass der Einwohnerrat Aarau so klar für die Kreisschule gestimmt hat und sich durch die negative und destruktive Haltung der Schule Aarau nicht hat beeinflussen lassen. Natürlich ist gross nicht automatisch gut und birgt auch Gefahren und jede Organisation, ob gross oder klein, ist nur so gut, wie die Personen in der Organisation. Ich sehe für Buchs aber viele Chancen in dieser neuen Kreisschule Aarau-Buchs. Vier möchte ich kurz erwähnen.

1. Die Schule bleibt eigenständig mit einer eigenen Regierung (Kreisschulrat, Kreisschulpflege und Schulleitung) und einem eigenständigen Budget, über das die Schule ohne Wenn und Aber verfügen kann. Diese Organisation hat sich in der Kreisschule Buchs-Rohr bestens bewährt. Die Regierung der Schule beschäftigt sich ausschliesslich mit Schulthemen und es gibt keine Nebenschauplätze ausserhalb der Schule, die Entscheide beeinflussen. Schulgeschäfte können so effizient im Sinne der Schule entschieden werden.
2. Die Bezirks- und die Sportschule können so in Buchs bleiben. Eine Gemeinde, die alle Stufen in der obligatorischen Schulzeit in der Gemeinde anbieten kann, hat einen Wettbewerbsvorteil gegenüber Gemeinden ohne Bezirksschule und die Sportschule macht uns im ganzen Kanton bekannt.
3. Es besteht ein grosses Potential bei Schulliegenschaften, Synergien zu nutzen und somit bei Investitionen auch Kosten zu sparen. Ich bin überzeugt, dass auch Schülerinnen und Schüler von Buchs und Aarau profitieren können beim Suchen von Lösungen, wer wohin in die Schule geht.
4. Die Flexibilität und Effizienz in einer Organisation wird erhöht, wenn die Jongliermasse beim Suchen von neuen Lösungen grösser ist. Bei Veränderungen können so einfacher rasche und gute Lösungen für alle gefunden werden.

Sehr positiv ist, dass sowohl der Gemeinderat Buchs als auch der Stadtrat Aarau mit Überzeugung hinter dieser neuen Kreisschule stehen und am gleichen Strick ziehen. Dies ist eine entscheidende Grundvoraussetzung, dass das Gebilde überhaupt eine Chance zum Funktionieren hat. Schade finde ich, dass die Kreisschule Buchs-Rohr mit Ausnahme der Schulpflege selber so negativ zur neuen Kreisschule eingestellt ist. Zu Beginn der Kreisschule Buchs-Rohr vor über zehn Jahren durfte ich als Mitglied der Kreisschulpflege mithelfen, die Kreisschule aufzubauen. Dannzumal hat es seitens Lehrkräfte genau gleich negativ getönt mit der gleichen Begründung, warum es nicht gut kommt (zu gross, Qualitätsverlust im

Unterricht, keine Schulhauskulturen mehr). Ich werte dies jetzt als positives Signal und gutes Omen für eine neue Kreisschule, dass sich die gleichen Lehrkräfte jetzt so vehement gegen die neue Kreisschule wehren. Sie sind jetzt überzeugt von diesem Modell Kreisschule und haben es selber erlebt, dass es funktioniert, obwohl zu Beginn viele Ängste da waren. Wichtig ist: Man muss einfach daran glauben und Neuem eine Chance geben. In diesem Sinne bitte ich euch, der neuen Schule eine Chance zu geben und zum Kreditbegehren Ja zu sagen.

Herr Joel Blunier: Die EVP spricht sich für diesen Antrag aus. Ich werde die Argumente von Urs Knecht nicht nochmals wiederholen, denn es sind dieselben, die auch uns dazu bewegen, dem Antrag zuzustimmen. Wichtig zu erwähnen ist, dass die Politik nicht ganz gleich tickt wie die Schulleitung und die Lehrerschaft. Irgendwo ist dort eine Kluft vorhanden. Und im Hinblick auf die Volksabstimmung besteht ein Klärungs- und Kommunikationsbedarf gegenüber der Bevölkerung, aber auch gegenüber der Lehrerschaft, wenn wir dieses Modell umsetzen wollen. Denn sonst kann das Potential zu einer negativen Mobilisierung sehr gross sein. Ich appelliere an die Arbeitsgruppe, dass wir Gewicht darauf legen, alles an die Basis weiterzubringen und zu erklären, was die Vorteile einer Kreisschule sind. Ich bin überzeugt, als Bindeglied, ich bin selber im Kreisschulrat dabei, dass es wichtig ist, dass der Bereich Bildung separat bestehen bleibt, weil er so gross ist. Die Entscheidungen für eine grosse Kreisschule müssen in einem separaten Gremium entschieden werden können und nicht durch andere Gremien auf den einzelnen Gemeindeebenen.

### **Antrag**

Für die Ausarbeitung der Unterlagen der "Volksentscheide zum neuen Kreisschulverband Aarau-Buchs" (Schaffung eines Gemeindeverbandes Kreisschule Aarau-Buchs (inkl. Satzungen), Auflösung des Gemeindeverbandes Kreisschule Buchs-Rohr und Änderung der Gemeindeordnungen) sei ein Kredit von Fr. 53'000.-- zu bewilligen. Zur Ausarbeitung der Satzungen für den Schulverband der Gemeinde Buchs und Aarau sind die Einwohnerräte von Buchs sowie der Kreisschulrat einzuladen.

### **Abstimmung**

Dem Antrag wird mit 32 : 3 Stimmen zugestimmt.

**Werkleitungersatz im Juraweg. Kreditbegehren**

(Botschaft des Gemeinderats vom 28. Oktober 2014)

Herr Edi Krebs, Mitglied FGPK (erläutert seinen Vortrag mit einer Präsentation):

**Ausgangslage**

Die IBAarau AG plant den Rückbau der Trafostation im Swisslog-Gebäude am Webereiweg. Dazu müssen im Juraweg zusätzliche EW-Leitungen verlegt werden. Eventuell wird zusätzlich noch die Erdgasleitung ausgebaut. Die Kanalisation drückt bei stärkerem Regen in die Liegenschaften der Heinrich Wehrli-Strasse zurück. 2006 wurde ein Teil jener Leitungen vergrössert. Zur Entlastung muss die 165 Meter lange Leitung im Juraweg vergrössert werden. Der bisherige Durchmesser liegt bei 300 mm und wird auf 600 mm verdoppelt. Wegen dem grösseren Rohrdurchmesser müssen alle Kontrollschächte neu erstellt werden. Die Leitung liegt auf einer durchschnittlichen Tiefe von 4 Metern. Die Wasserleitung im Juraweg ist aus dem Jahre 1935. Ein Rohrbruch musste 2002 saniert werden. Jetzt ist die Erneuerung der Leitung zusammen mit anderen Werkleitungen vorgesehen. Die noch bestehende alte Graugussleitung wird auf einer Länge von 130 Metern durch eine neue HDPE-Leitung mit Aussendurchmesser von 160 mm ersetzt. Allfällig erforderliche Leitungssanierungen beim Wasser und Abwasser bis zur Gebäudeeinführung sind durch den jeweiligen Grundeigentümer zu tragen. Der Juraweg ist ein Privatweg und in kritischem Zustand. Ein Angebot der Gemeinde zur unentgeltlichen Übernahme ins öffentliche Eigentum wurde von den privaten Eigentümern abgelehnt. Zudem stellten die Privateigentümer noch Bedingungen, die mit dem öffentlichen Recht nicht vereinbar sind. Somit wird nur der Belag oberhalb der Werkleitungsgräben durch die Gemeinde erneuert. Die Swisscom wird ebenfalls einen Teil ihrer Leitungen sanieren.

**Kostenvoranschlag**

Die Investitionskosten stützen sich auf aktuelle Unternehmerpreise ähnlicher Objekte ab. Die Preise entsprechen einer Preisbasis vom Oktober 2014 mit einer Genauigkeit von  $\pm 10\%$ .

**Abwasserleitung**

Tiefbauarbeiten	Fr.	279'600.--
Belagsarbeiten	Fr.	39'400.--
Abwasserleitungen	Fr.	99'000.--
Kanal-TV und Gebühren	Fr.	11'000.--
Verschiedenes und Unvorhergesehenes	Fr.	41'000.--
Honorare	Fr.	40'000.--
<b>Total Abwasserleitung (exkl. MwSt.)</b>	<b>Fr.</b>	<b>510'000.--</b>

**Wasserleitung**

Tiefbauarbeiten	Fr.	64'100.--
Belagsarbeiten	Fr.	19'100.--
Wasserleitungen	Fr.	50'000.--
Verschiedenes und Unvorhergesehenes	Fr.	8'800.--
Honorare	Fr.	10'000.--
<b>Total Wasserleitung (exkl. MwSt.)</b>	<b>Fr.</b>	<b>152'000.--</b>
<b>Gesamttotal (exkl. MwSt.)</b>	<b>Fr.</b>	<b>662'000.--</b>

Dafür ist vom Einwohnerrat zulasten der Investitionsrechnungen ein Verpflichtungskredit zu bewilligen. Dieser verändert sich um die indexbedingten Mehr- oder Minderkosten aufgrund von eventuellen Baukostenteuerungen (Schweizer Baupreisindex Stand Oktober 2014). Gemäss § 4 lit. g der Gemeindeordnung liegt die Kreditsumme im Kompetenzrahmen des Einwohnerrats (2 Mio. Franken). Der Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

Im Aufgaben- und Finanzplan 2015 - 2018 sind für das vorliegende Projekt im Jahr 2015 für die Strassenanierung Fr. 100'000.--, für die Kanalisationsvergrößerung Fr. 450'000.-- und für den Wasserleitungersatz Fr. 170'000.-- eingestellt. Die Gelder für die Strassenanierung werden, wie bereits dargelegt, nicht benötigt.

### **Finanzierung**

Die Abwasserbeseitigung und die Wasserversorgung werden als Eigenwirtschaftsbetriebe der Einwohnergemeinde geführt und über Gebühren finanziert. Die Abwasserbeseitigung hatte per Ende 2013 ein Guthaben von rund Fr. 6'160'000.-- und die Wasserversorgung ein Guthaben von rund Fr. 2'950'000.--. Die vorgesehenen Investitionen der Eigenwirtschaftsbetriebe können somit aus diesen Mitteln finanziert werden. Die Mehrwertsteuer ist hier nicht relevant, da die Vorsteuer durch die Eigenwirtschaftsbetriebe zurückgefordert wird.

### **Antrag**

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig (bei 7 Anwesenden), für die Vergrößerung der Kanalisationsleitung und den Wasserleitungersatz im Juraweg sei ein Verpflichtungskredit von Fr. 662'000.--, exkl. Mehrwertsteuer (Kostenstand Oktober 2014), zulasten der Investitionsrechnung mit folgender Aufteilung auf die Konten zu bewilligen:

7201.5030.09	Kanalisation	Fr. 510'000.--	(Eigenwirtschaftsbetrieb)
7101.5030.09	Wasserversorgung	Fr. 152'000.--	(Eigenwirtschaftsbetrieb)

Der Kredit verändert sich um die indexbedingten Mehr- oder Minderkosten aufgrund von eventuellen Teuerungen.

### **Diskussion**

Die Diskussion wird nicht verlangt.

### **Abstimmung**

Dem Antrag wird einstimmig mit 35 : 0 Stimmen zugestimmt.

***Einbürgerungen***

Der Inhalt dieses Traktandums wird aus Gründen des Datenschutzes nicht publiziert.

***Einbürgerungen***

Der Inhalt dieses Traktandums wird aus Gründen des Datenschutzes nicht publiziert.

***Einbürgerungen***

Der Inhalt dieses Traktandums wird aus Gründen des Datenschutzes nicht publiziert.



**Bericht des Gemeinderats zum Postulat von Andreas Frey, Grüne Buchs, betreffend Senkung Energieverbrauch der öffentlichen Gebäude und der Verwaltung der Gemeinde Buchs**

(Botschaft des Gemeinderats vom 28. Oktober 2014)

Herr Dimitri Spiess, Mitglied FGPK (erläutert seinen Vortrag mit einer Präsentation):

**Ausgangslage**

Am 15. Oktober 2013 haben die Grünen eine Motion mit folgendem Antrag eingereicht:

Der Gemeinderat soll das Ziel verfolgen, den Energiebedarf der öffentlichen Gebäude und der Verwaltung der Gemeinde während der nächsten Legislatur (2014 - 2017) um 20 % zu senken. Er wird beauftragt, einfache und kostengünstige Massnahmen auszuarbeiten, einzuführen und auf deren Wirksamkeit zu überprüfen.

An der Sitzung vom 16. Oktober 2013 wurde die Motion dem Einwohnerrat zur Kenntnis gebracht und an der nächstfolgenden Sitzung vom 12. Dezember 2013 hat der Motionär Andreas Frey die Forderung in ein Postulat umgewandelt. Dieses Postulat wurde dann vom Einwohnerrat an den Gemeinderat überwiesen. Der Gemeinderat hat an der Dezembersitzung informiert, dass er keine Energiebuchhaltung geführt hat im 2013. Er hat aber nach geeigneten Energiemassnahmen gesucht und damit eine Gemeindeberatung, die Nova Energie GmbH, Aarau, beauftragt. Diese macht Gebäudeanalysen unentgeltlich, diese Analysen werden vom Kanton finanziert. Im Rahmen dieser Gemeindeberatung hat man die vier wichtigsten Gebäude ausgewählt, um den Energiebedarf zu prüfen: Das Gemeindehaus, das Bauamt/den Werkhof, das Feuerwehrmagazin mit Wohnungen und den Gemeindesaal. Für diese vier Gebäudeanalysen haben die Datenerhebungen im April 2014 stattgefunden. Die ausführlichen Berichte mit Kostenschätzungen für einzelne Massnahmen wurden dem Gemeinderat im September 2014 unterbreitet. Für das Gemeindehaus hat man einen GEAK® Plus-Bericht (Gebäudeenergieausweis der Kantone) erstellt, dieser lag im Juni 2014 bereits auf. Um die jährlichen Energieausgaben von Fr. 19'500.-- auf 11'000.-- zu senken, wären Investitionen von Fr. 475'000.-- nötig. Bei gleichbleibendem Energiepreis wären die Investitionen in 56 Jahren amortisiert.

Zu Optimierung des Heizenergiebedarfs im Gemeindehaus wäre ein Wärmeverbund mit dem Gemeindesaal nötig. Der dafür vorgesehene Projektungskredit von Fr. 20'000.-- wurde vom Einwohnerrat an seiner Sitzung vom 22. Oktober 2014 aus dem Budget gestrichen. Das Feuerwehrmagazin hätte ein Heizenergiesparpotenzial von 33 % und ein Elektroenergiesparpotenzial von 10 %. Das Feuerwehrmagazin liegt unter dem SIA Grenzwert, was bedeutet, dass nicht zu viel Energie verbraucht wird. Beim Bauamt/Werkhof sieht dies anders aus. Es wäre ein Einsparpotenzial von 70 % in der Heizenergie und 50 % in der Elektroenergie möglich. Das Bauamt/Werkhof überschreitet den SIA Grenzwert. Beim Gemeindesaal besteht eine Energiebuchhaltung, es drängen sich jedoch im Moment keine energiesenkenden Massnahmen auf. Die Leistung der Warmwasserpumpe im Gemeindesaal ist überdimensioniert und nur für den Gebrauch des Gemeindesaals. Bezüglich den Massnahmen und Kosten seht ihr auf Seite 4 eine detaillierte Aufstellung.

Fazit des Gemeinderats: Das Energiesparpotenzial der genannten vier untersuchten Gebäude ist grösser als 20 %. Die dafür nötigen Investitionen sind jedoch hoch und deswegen ist mit kostengünstigen Massnahmen keine Energieeinsparung von 20 % möglich. Das Postulat ist deshalb nicht umsetzbar. Der Gemeinderat anerkennt die Zeichen der Zeit und den Handlungsbedarf der Energiesparmassnahmen. Er möchte diese jedoch schrittweise angehen.

## Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat mit 6 : 0 Stimmen und 1 Enthaltung (7 Anwesende), es sei davon Kenntnis zu nehmen, dass das Postulat nicht umgesetzt werden kann und es sei von der Kontrolle abzuschreiben.

## Diskussion

Herr Andreas Frei: Ich bin von dieser Botschaft des Gemeinderats enttäuscht und denke, einigen von euch geht es genauso. Im Bericht steht, die Firma Nova Energie GmbH sei beauftragt worden, die vier Liegenschaften auf den Energiebedarf zu untersuchen. Die Firma Nova Energie GmbH habe diese Untersuchung mit Hilfe eines Online Tools schnell erledigen können und habe für alle vier Liegenschaft einen Gebäudeenergieausweis erstellt, sowie einen ausführlicheren Bericht über das Gemeindehaus. Ich habe mir diese Berichte, welche ziemlich umfangreich sind, auf der Abteilung Bau Planung Umwelt angesehen. Auf vielen Seiten Papier zeigen viele Zahlen auf, dass mit viel Geld für Massnahmen, welche ergriffen werden könnten, viel Energie gespart werden könnte. Der grösste Teil jedoch wurde vom genannten Online Tool berechnet. Ich bin jedoch erfreut, dass auch Personen vor Ort waren, welche ganz einfache Massnahmen empfohlen haben. Als Beispiel möchte ich erwähnen: Die Gemeinde Buchs hat ein Gewächshaus, welches geheizt wird. Ein Vorschlag ist, zu überprüfen, ob dieses Heizen noch sinnvoll ist. Dies wäre ein Beispiel für eine einfache und günstige Massnahme. Ich finde es schade, dass der Gemeinderat gemäss dem erwähnten Bericht das Ziel nicht mehr verfolgen will, 20 % der Energie zu sparen. Ich weiss, dieses Ziel ist ambitioniert, es wäre jedoch toll gewesen, dieses Ziel weiterhin zu verfolgen. Andererseits bin ich sehr erfreut darüber, was sich in letzter Zeit ereignet hat, nämlich, dass die Fenster im Gemeindehaus nun ersetzt wurden und ebenfalls Anschlussdämmungen berücksichtigt wurden. Ebenfalls wurde die längst fällige Dämmung von Heizleitungen in Angriff genommen. Ganz wichtig sind jedoch auch Personen, welche an der Front der Gemeindeverwaltung arbeiten. Ich bin überzeugt, dass beispielsweise Mitarbeiter der Abteilung Bau Planung Umwelt mit grossem Engagement und grosser Fachkenntnis das Ziel verfolgen, diese Gemeinde ökologischer und ökonomischer zu entwickeln. Wenn das nächste Mal bei einer Budgetdebatte der Einwohnerrat darüber zu entscheiden hat, empfehle ich, dass wir weitsichtig denken und weitsichtige Entscheide fällen sowie die Personen, welche diese Projekte durchführen, unterstützen, sodass sie engagiert daran weiterarbeiten können. Als ich im Gemeindehaus war, sind mir einige Beispiele aufgefallen, wo kleine Massnahmen ergriffen werden könnten, um ebenfalls Energie zu sparen. Ich möchte zwei Beispiele anmerken: Im Gemeindehaus gibt es diverse Klimageräte. Anlässlich einer Besprechung auf dem Steueramt ist mir aufgefallen, dass dort im Sommer fast ein frostiges Klima herrscht. Neben diesen Klimageräten ist jedoch auch noch eine zentrale Lüftung mit Wärmerückgewinnung. Es könnte sein, dass diese beiden Systeme zeitweise gegeneinander laufen. Meine Anregung ist es, zu überprüfen, ob diese Klimageräte auch angemessen eingestellt sind und zu schauen, dass die Lüftung und die Klimageräte zusammen und nicht gegeneinander arbeiten. Mir ist etwas Zweites aufgefallen: An der Fassade des Gemeindehauses sieht man diverse Lüftungsgitter. Zum Beispiel neben dem Eingang befindet sich hinter dem Gitter eine nicht abgedichtete Nische, dort ist eine Styroporplatte reingestopft. Im Sitzungszimmer 1 weht ein kalter Luftzug, der ebenfalls durch eine solche Nische kommt und im Raum selber ist ein Lüftungsgerät installiert, welches wahrscheinlich aus dem letzten Jahrtausend stammt, das genaue Jahr weiss ich nicht. Ich finde, es wäre zu überprüfen, ob diese Nischen optimiert werden können und das Lüftungsgerät erneuert werden kann. Solche Massnahmen verstehe ich als einfache und günstige Massnahmen. Ich bin nach wie vor überzeugt, dass durch einfache Massnahmen markante Senkungen des Energiebedarfs erzielt werden können.

Herr Silvan Kaufmann: Grundsätzlich begrüssen wir, dass der Gemeinderat etwas zum Thema Energiesparen erarbeitet hat und dies zusammen mit der Firma Nova Energie GmbH besprochen hat. Wie Andreas Frei bereits gesagt hat: Es fehlen die einfachen Massnahmen in diesem Bericht. Es wird nicht auf diese einfachen Massnahmen eingegangen. Andreas Frei hat in seinem Postulat geschrieben, die Temperatur der Heizung sei zu senken, Installationen und Geräte seien auszuschalten. Auf die besagten Din-

ge wird im Bericht nicht eingegangen. Wir möchten deshalb dieses Postulat nicht zur Kenntnis nehmen und möchten, dass der Gemeinderat weiterhin an diesem Postulat arbeitet und mit der Nova Energie GmbH einfache Massnahmen nochmals überprüft. Denn gerade hier im Gemeindesaal empfinde ich es als zu heiss.

Herr Beat Spiess: Ich möchte ebenfalls etwas zum Postulat sagen. Ich empfinde es als guten Versuch, zu sagen, dass mit einfachen Massnahmen 20 % Energie gespart werden könnte. Ich glaube, in der Antwort wurde gezeigt, dass es nicht möglich ist, 20 % Energie zu sparen, erst recht nicht mit einfachen Massnahmen. Was nun noch aufgezählt wurde, ist ein wenig Kleinkram, der sicher auch etwas bringt, jedoch niemals diese 20 %. Bei grossen Gebäuden ist es nicht möglich, etwas finanziell Vernünftiges vorzuschlagen. Dies sieht man dadurch, dass man schon nur 56 Jahre bräuchte, um die Kosten zu decken. Man muss einsehen, das Ganze war ein netter Versuch, er hat die Gemeinde zum Glück nichts gekostet. Der Kanton gibt hier gerne viel Geld aus, das freut uns, jedoch hat sich bei uns daraus einfach nichts ergeben. Man kann jedoch sagen, die Abteilung Bau Planung Umwelt hat ihre Hausaufgaben gemacht.

Herr Dimitri Spiess: Meine Haltung ist, dass der Gemeinderat den Teil mit diesen 20 % Energiesparen sauber überprüft, die Gebäude untersucht sowie Beratung in Anspruch genommen hat, um die Gebäudezahlen herauszufinden, um zu überprüfen, wie viel Energie gebraucht wird und wie viel Einsparungspotenzial somit möglich wäre. Mir fehlt jedoch, wie Silvan bereits gesagt hat, dass auf kleine Massnahmen eingegangen wird, dass kostengünstige Massnahmen ausgearbeitet werden, dass eine Liste mit ganz vielen Massnahmen erstellt wird, welche dann schrittweise umgesetzt werden könnten. Wir haben nun ein paar Vorschläge, doch ich denke, dass diese Liste noch nicht vollständig ist und möchte somit den Gemeinderat bitten, weiterhin an dieser Liste zu arbeiten und ständig dran zu bleiben, sodass man mit kostengünstigen Massnahmen Energie gespart werden kann. Wenn das Postulat nun abgeschlossen wird, ist es nicht abgeschlossen und läuft Jahr für Jahr und in jedem Budget weiter. Ich möchte auch die Ratskollegen einladen, beispielsweise einem Wärmeverbund mal zuzustimmen oder sich damit auseinanderzusetzen, dass beim Werkhof in Zukunft eine Lösung gefunden werden muss, sodass dort weniger Energie verbraucht wird und zu erkennen, dass wir dort riesiges Einsparungspotential hätten.

Herr Hans Hartmann: Andreas, du sagst es wäre schön gewesen, ich sage, es wäre teuer gewesen. Was wir nicht vergessen dürfen, ist, dass einiges noch in der Planung ist bis 2016, ungefähr Fr. 40'000.--. Du hast natürlich Recht, bei all diesen kleinen Sachen muss etwas unternommen werden. Ich muss jetzt auch nicht für die Abteilung Bau Planung Umwelt reden. All diese Dinge, die Dimitri nun bereits erwähnt hat, müssen nicht unbedingt in einem Postulat definiert werden, diese Dinge werden sicher behandelt. Soviel Vertrauen dürfen wir in die Abteilung Bau Planung Umwelt haben.

Herr Gemeinderat Walter Wyler: Der Gemeinderat hat sich von der Energieeuphorie sicher schon lange anstecken lassen. Wir wissen jedoch, dass all dies seinen Preis hat. Was wir allgemein im Sinn haben, wurde bereits in den Zielsetzungen formuliert. Ihr könnt sicher sein, dass wir dies weiterverfolgen werden. Der Gemeinderat möchte von euch Einwohnerratsmitgliedern, dass die Dinge, welche nach den durchgeführten Untersuchungen umgesetzt werden könnten, dann letztendlich auch von euch angenommen werden. Wir werden nächstes Jahr, wie ihr auch auf Seite 4 entnehmen könnt, in den Unterhaltmassnahmen gewisse Dinge umsetzen können. Wir nehmen euer Anliegen bezüglich Energiesparmassnahmen sehr ernst und wir werden, solange dies nicht unnötig viel Geld kostet, gewisse Dinge gleich umsetzen.

## **Abstimmung**

Dem Antrag wird einstimmig mit 27 : 7 Stimmen (mit 1 Enthaltung) zugestimmt.

***Begründung des Postulats von Joel Blunier, EVP Buchs, betreffend Mithilfe Freiwilliger in den Sozialen Diensten (wird vom Gemeinderat entgegengenommen)***

Herr Joel Blunier ergänzt das im Oktober 2014 eingereichte Postulat der EVP wie folgt:

Ich möchte dem Gemeinderat danken, dass er bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen. Ich möchte nicht mehr lange darauf eingehen, da das Meiste bereits in der Begründung steht. Der Ursprung für dieses Postulat war, dass wir bei der letzten Sitzung über die Aufstockung in den Sozialen Diensten diskutiert haben. Diese Aufstockung war schlussendlich nur die Spitze des Eisbergs. Das Problem liegt weiter unten. Dort müssen wir Lösungen suchen und vielleicht müssen auch gewisse kreative Lösungen angegangen werden, die bisher noch nicht zur Diskussion gestanden sind. Ich habe persönlich schon erlebt, wie dies möglich ist. Ich bin selber von den Sozialen Diensten (nicht in Buchs) angefragt worden, ob wir jemanden aufnehmen würden, der wegen einer Gefährdungsmeldung platziert werden musste. Da wir eine Einlegerwohnung haben, war dies relativ schnell machbar und die Person war bereits am nächsten Abend bei uns. Dadurch bin ich auf die Idee gekommen, dass es auch in unserer Gemeinden weitere Varianten gäbe, beispielsweise durch die Unterstützung von Freiwilligen in der Gemeinde. Bei uns zu Hause übernachtet beispielsweise einmal pro Woche ein Kind einer alleinerziehenden, überforderten Mutter. Solche Möglichkeiten können wir innerhalb der Gemeinde schaffen. Ich bin überzeugt, dass schlussendlich durch solche kleinen Massnahmen Fälle von Heimplatzierungen verhindert werden könnten und wir in Zukunft neue Wege gehen können.

**Diskussion**

Herr Dimitri Spiess: Ich möchte eine Stellungnahme abgeben zu diesem Postulat. Ich habe im Vorfeld Kontakt mit dem Familiengericht und Mitarbeitern der Sozialen Dienste aufgenommen und mir eure Forderung genauer angeschaut. Ich sehe eine Entlastung nicht so realistisch. Man muss gut aufpassen, dass kein Mehraufwand entsteht, wenn man Freiwillige einbezieht. Beistandschaften durch Freiwillige sind sehr heikel. Ein Familiencoaching ist eine sehr anspruchsvolle Aufgabe. Auch wenn jemand in einer Gastfamilie platziert wird, entstehen Abhängigkeiten durch den gemeinsamen Wohnraum, die man gut beachten muss. Man muss sehen, dass Sozialhilfeempfänger und Sozialhilfeempfängerinnen eigenständige Persönlichkeiten sind und man sie nicht zusätzlichen Abhängigkeiten ausliefern sollte. In der Begründung schreibt ihr, es bestehen negative Realitäten, auch politische Realitäten. Wir haben an mehreren Orten bei unseren Sozialwerken gespart und dadurch musste nun erhöht werden bei den Sozialen Diensten, da die Fallzahlen immer weiter steigen. Dies hängt damit zusammen, dass das soziale Netz weitmaschiger wird. Bei gestörten familiären Verhältnissen ist eine langfristige Platzierung in einer Gastfamilie meiner Meinung nach abzulehnen. Es ist sehr vorsichtig mit Einbezug von Freiwilligen umzugehen. Einsparungen sehe ich nicht. Eine professionelle Betreuung und genügend Ressourcen sind in der Sozialhilfe der einzige Weg, um langfristig Kosten zu sparen. Das haben wir nun geschafft. Hans Hartmann hat in der Diskussion der letzten Sitzung das Beispiel Birr erwähnt und dieses zeigt, dass man mit Professionalisierung weiter kommt. Ich möchte nicht, dass Freiwillige überfordert werden mit speziellen Fällen oder Situationen, die sehr schwierig zu tragen sind. Freiwillige oder Laien in den Sozialen Diensten einzusetzen, ist meiner Meinung nach klar abzulehnen, wenn man Kosten sparen will. Das Beispiel Birr zeigt, wie mit Professionalität, Fachwissen und genügend Ressourcen eine langfristige Entlastung des Gemeindebudgets möglich ist. Man muss auch sehen, dass ein Laie, der eine Beistandschaft machen oder jemanden beispielsweise in finanziellen Belangen unterstützen will, das Sozialsystem sehr gut kennen muss, wissen muss, wo überall Gelder bezogen werden können und wie die Sozialversicherungen aufgestellt sind. Dies ist nicht möglich ohne nötiges Fachwissen im Hintergrund. Familiencoaching ist als Laie nicht realistisch.

Hier braucht es einfach professionelles Personal, welches das Fachwissen besitzt. Ich finde die Forderung ein wenig naiv und bitte den Rat, das Postulat abzulehnen, weil damit in den Sozialen Diensten nur zusätzlicher Aufwand generiert wird, indem abgeklärt werden muss, ob Freiwillige einbezogen werden können. Dies ist ein Aufruf an die Sozialen Dienste. Beispielsweise die Gemeinde Küttigen hat in ihrem Infoblatt einen Aufruf gemacht, ob es Freiwillige gibt, die zum Beispiel in den Finanzen oder Alltagskontakten, beispielsweise bei Personen, welche in einem Heim platziert sind und bei denen keine familiäre Bindungen mehr bestehen, Hilfe gewähren können. Dies jedoch ohne, dass diesen Personen ein Mandat einer Beistandschaft übergeben wird, sondern einfach als Ergänzung. Es gibt auch Vereine, die pro Senectute zum Beispiel, welche Steuerberatung für ältere Personen anbieten, die gratis ist und somit sicher eine Entlastung sein kann. Aber auch hier muss man die Personen überprüfen, ein Leumundzeugnis haben, und Familiengerichte wollen von diesen Personen auch einen Betreibungsregisterauszug. Dies alles sind Daten, um Sicherheit zu bekommen, dass diese Personen das seriös machen. Als Soziale Dienste muss man diese Freiwilligen auch kontrollieren können, damit die Qualität geboten werden kann. Familiengerichte beziehen in ihrem Rahmen Freiwillige ein. Ich finde es einfach zu viel, wenn man Dinge wie Beistandschaft und Familiencoaching in dieses Postulat hineinpackt. Diese Dinge müssen von Profis gemacht werden.

Herr Werner Schenker: Grundsätzlich ist mir das Postulat von Joel Blunier aus der EVP sympathisch. Im Sinne von Nachbarschaftshilfe soll Unterstützung geboten werden bei sozialen Problemen. Nicht die Sozialhilfe allein soll Probleme lösen, sondern Verantwortungsbewusstsein und Empathie jedes Einzelnen. Ich schaue hin, wenn es meinem Nachbarn nicht gut geht und biete Unterstützung an. Wenn ich aber den Text genauer lese, weiss ich plötzlich nicht mehr, ob die eigentlich gute und menschenfreundliche Idee im Zentrum steht. Geht es nicht einfach darum, das Budget der Gemeinde zu entlasten und die Ausgaben im sozialen Bereich zu kürzen? Die Gemeinde soll hier Geld sparen und Nachbarn sollen dann diese Hilfe leisten? Ist dies nicht Nachbarschaftshilfe, sondern eine Sparmassnahme? Abgesehen davon, dass es ein Unsinn ist, auf dem Buckel sozial Benachteiligter sparen zu wollen, überlege ich mir weiter: Traue ich es mir zu, bei einer Gefährdungsmeldung Gastgeber und Betreuer zu sein? Bin ich im Stande, eine Familie mit Erziehungsherausforderungen zu coachen? Kann ich die Herausforderung annehmen, Jugendlichen ein Mentoring zu bieten? Nein. Es wird anderen auch so gehen. Dies sind hoch komplexe Aufgaben für Fachpersonen im Auftragsverhältnis. Auf diese Weise ist die gewünschte Hilfe nicht möglich. Wir Grünen können das Postulat in dieser Form nicht unterstützen. Wir wünschen uns aber auf jeden Fall aufmerksame und hilfsbereite Buchserinnen und Buchser in einer lebenswerten Gemeinde. Wir sind jedoch überzeugt, dass andere Massnahmen sinnvoller sind, um diesem Ziel näher zu kommen.

Herr Joel Blunier: Ich möchte einen Kommentar abgeben zu den Positionen, die nun geäussert worden sind. Ihr habt euch gewissermassen selber die Antwort gegeben. Mein Ziel mit diesem Postulat ist es, zu überprüfen, inwiefern Freiwillige eingesetzt werden können oder eben auch nicht, wo es Sinn macht, Freiwillige miteinzubeziehen und wo es sinnvoll ist, auf Fachpersonal zurückzugreifen. Ich gebe euch absolut Recht, dass es viele Fälle gibt, die zu komplex und zu schwierig sind, und wo somit Betreuung durch Fachpersonen gebraucht wird. Die Fälle, die wir hatten, waren keine hochkomplexen Fälle, doch es waren Personen, welche man zeitweise aufnehmen konnte. Dies wurde jedoch nicht aus Kostenüberlegungen gemacht. Mir geht es auch primär nicht darum, zu sparen. Jedoch befinden wir uns in einem Umfeld, in dem immer mehr auf die Gemeinden abgewälzt wird. Aufgrund der Bundespolitik wird immer mehr auf die Gemeinde- und Kantonsebene abgewälzt. Schlussendlich bleiben bei der Gemeinde gebundene Ausgaben, die grundsätzlich nicht verändert werden können. Deswegen müssen wir Lösungen suchen. Früher, als es noch kein funktionierendes und finanziertes Sozialsystem gab, wurde automatisch gemacht, wovon ihr geredet habt. Ich bin der Meinung, dass mindestens diese Prüfung wieder an die Hand genommen werden muss. Wo ist es möglich, Freiwillige einzusetzen und wo macht es Sinn, auf Fachpersonal abzustellen. Ich denke, diese Prüfung sollte gemacht werden. Es sollte nicht im Vorhinein schon gesagt werden, dass alles über bezahltes Fachpersonal abgewälzt werden muss.

Herr Hans Hartmann: Ich könnte jetzt ein wenig zynisch sagen, die Linken haben Angst um ihre ureigene Sozialindustrie, dass diese nicht mehr rendiert. Aber ihr müsst keine Angst haben. Ich glaube, der Trend zeigt nach oben und wenn man diesen durch freiwillige Mitarbeiter ein wenig entlasten kann, ist dies sicher nicht schlecht. Ich habe sogar ein bisschen Angst, wenn ich die Aussage höre, es müsse alles professionalisiert sein. Am Schluss sind wir noch so weit, dass man sogar für die eigenen Kinder professionelle Kindererziehungsausbildung haben muss, wie Frau Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf bereits vorgeschlagen hat. Deshalb ist es sicher gut, wenn so etwas geprüft wird, wie Joel Blunier schon gesagt hat. Es geht um die Prüfung, danach kann man schauen, wo Fachleute gebraucht werden, und wo auch Personen mit viel Lebenserfahrung ausreichen. Solche Personen gibt es in der Gemeinde, man kennt sie und weiss, dass diese Personen geeignet sein könnten und auch kein Fachhochschulstudium haben müssen.

Herr Beat Spiess: Was mir ein bisschen fehlt in diesem Postulat: Es wird angeregt, dass Abklärungen getroffen werden, um den Einsatz von möglichen Freiwilligen zu prüfen. Das produziert sicherlich einen grossen administrativen Aufwand. Es wird jedoch in diesem Postulat gar nie aufgezeigt, wo diese vielen Freiwilligen und Fähigen wären, die Hilfe leisten könnten. Daher habe ich ein wenig Mühe, dieses Postulat zu unterstützen. Nun haben wir endlich die Sozialen Dienste aufgestockt und haben dort Kapazität, um effizient und professionell arbeiten zu können. Genau jetzt kommt man mit einem solchen Antrag in Bezug auf den Einsatz von Freiwilligen, wo doch gar keine Freiwilligen Schlange stehen und sich unbedingt einsetzen möchten.

Herr Gemeinderat Anton Kleiber: Wir nehmen dieses Postulat gerne entgegen, welches bei uns sowieso auf der Pendenzenliste stand. Wir gehen dieser Frage deshalb gerne nach. Ich finde, professionelle Soziale Dienste befassen sich auch mit diesen Fragen. Für mich geht es primär um niederschwellige Situationen. Wo kann man gewisse Dinge in der Familie auffangen, wo es noch keine professionelle Hilfe gibt, die Sozialen Dienste so jedoch entlastet werden könnten. Es gibt Beistandschaften, die in der Familie oder familiennahen Umkreisen gemacht werden können. Dazu braucht man dann natürlich auch die richtigen Personen. Ich habe sehr gerne zugehört, was Joel Blunier erzählt hat. Bei der Umsetzung kommen wir gerne auf dich, Joel, zurück. Ich glaube, wir haben nun sicher einen potentiellen Kandidaten, den wir anfragen würden. Solche Personen braucht es dann auch, Personen, zu denen man Vertrauen hat. Diese zu finden, wird sicherlich nicht ganz einfach. Aber wir gehen dieser Frage gerne nach und werden auch ausweisen, wo aus unserer Sicht was überhaupt möglich ist und wo was nicht sinnvoll ist. In diesem Sinn nehmen wir das Postulat gerne entgegen und treffen weitere Abklärungen.

Herr Dimitri Spiess: Ich stelle einen Änderungsantrag. Und zwar soll das Wort Entlastung (der Aufwendungen) durch das Wort Ergänzung (der Aufwendungen) ersetzt werden. Ebenfalls soll der Nebensatz "Zum Beispiel in Form von Beistandschaften, Familiencoaching, Mentoring von Jugendlichen oder der Bereitstellung von Wohnraum" gestrichen werden.

Herr Präsident Urs Zbinden: Danke Dimitri für deinen Input, aber wir machen keinen Änderungsantrag bei einem Postulat.

## **Abstimmung**

Das Postulat wird mit 27 : 7 Stimmen (bei 1 Enthaltungen) überwiesen.

**Wahl eines Mitglieds der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission mit Wirkung ab 1. Januar 2015 für den Rest der laufenden Amtsperiode 2014/2017 anstelle des zurücktretenden Urs Füllemann**

**Wahlvorschlag**

Die FDP-Fraktion schlägt Frau Christiane Suter als Mitglied der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsperiode 2014/2017 vor.

Herr Hans Hartmann: Wir schlagen euch Christiane Suter als neues Mitglied der FGPK vor. Sie kommt aus Gelsenkirchen, Nordrhein-Westfalen, und lebt nun in der Schweiz. Sie ist Rechtsanwalts-Fachangestellte und hat eine zusätzliche Ausbildung als Informatikkauffrau gemacht. Sie arbeitet bei Ernst & Young in Zürich als IT-Supporterin. Christiane ist prädestiniert für die FGPK mit ihrem technischen und kaufmännischen Background. Im Namen der SVP-Fraktion bitte ich um Unterstützung.

Herr Dimitri Spiess: Geschätzter Hans, ich habe in der Januar-Sitzung erfahren, dass du ein grosser Fan von Zweier-Kandidaturen bist. Kannst du mir erklären, weshalb ihr uns nicht zwei Personen zur Wahl stellt?

Herr Hans Hartmann: Wir haben eine Zweier-Kandidatur, du kannst Christiane Suter zweimal wählen. Spass beiseite. Ich darf ehrlich sagen, es war schwer, Personen für diese Aufgabe zu suchen. Wir arbeiten alle, haben ein strenges Pensum und es ist nicht immer einfach eine zusätzliche Belastung auf sich zu nehmen.

**Ergebnis der geheimen Wahl**

Eingelegte Stimmzettel	35		
leer	<u>3</u>		
gültige Stimmzettel	32	Absolutes Mehr	17

Stimmen haben erhalten:

Christiane Suter	32
------------------	----

Gewählt ist mit 32 Stimmen Christiane Suter.

**Wahlannahmeerklärung**

Die Gewählte, Frau Christiane Suter, erklärt die Annahme der Wahl.

**Eingänge****Anfrage Werner Schenker "Bärenrank"**

Herr Werner Schenker reicht folgende Anfrage ein:

Für ein Gestaltungskonzept für den "Bärenrank" haben wir in der letzten Sitzung Fr. 50'000.-- budgetiert. Die Grünen begrüßen es sehr, wenn das Grundstück endlich eine Gestaltung erhält. Wir wünschen uns ein angemessenes Projekt, das zu Buchs passt, den Bedürfnissen entspricht und auch mit eigenen Mitteln realisiert werden kann. Wir haben uns in den letzten Jahren immer wieder anhören müssen, dass nächstens die letzten Probleme für die Realisierung gelöst würden und schon bald mit dem Bau angefangen werden könne. Da fehlte nur noch ein Investor... oder ein letztes Detail war zu klären... Das Projekt ist aber gescheitert, noch immer steht die Brache vor dem Gemeindesaal leer. In den letzten 30 Jahren hat Buchs genügend Erfahrungen gesammelt, um die Lücke im Zentrum von Buchs endlich erfolgreich füllen zu können. Nun nimmt der Gemeinderat einen neuen Anlauf: Fr. 50'000.-- stehen für eine Planung bereit. Gerne möchte ich wissen, wie dieses Mal geplant wird. Ich bitte den Gemeinderat um Auskunft über den Stand der Planung im aktuellen Projekt.

- Wird die Bevölkerung mit ihren Anregungen einbezogen, haben wir ein Wort mitzureden? Wenn nein, weshalb nicht? Wenn ja, in welcher Form?
- Wie sieht das Verhältnis von überbauter Fläche und Begegnungszone aus?
- Hat der Gemeinderat schon Vorstellung zur Nutzung eines allenfalls geplanten Baus?
- Wie soll die Ausführung finanziert werden? Verlässt man sich erneut auf einen Investor, der allenfalls nicht gefunden werden kann oder mangels Interesse schlussendlich abspringt?
- Gibt es eine konkrete zeitliche Vorgabe für die Realisierung? Wenn ja, wie sieht sie aus?

Ich danke dem Gemeinderat für seine Auskünfte.

Herr Vize-Gemeindeammann Hansruedi Werder: Du bist noch etwas zu früh mit deiner Anfrage. Du bekommst an einer der nächsten Sitzungen Antworten.

## Traktandum 9

### Verschiedenes

Frau Doris Michel: Die Sitzordnung finde ich so viel besser. Für die Stimmzähler ist es nach wie vor sehr schwierig zu zählen. Eine Idee wäre, übers Kreuz zu zählen, so dass man es frontal sieht. Oder die beiden Stimmzähler tauschen die Plätze. Dies als Anregung.

Herr Vize-Gemeindeammann Hansruedi Werder: Ihr habt einen Kredit von Fr. 45'000.-- gesprochen für Entwicklungskonzepte der Siedlungs- und Freiraumplanung. Der Gemeinderat möchte eine Arbeitsgruppe bilden, welche aus 5 - 12 Einwohnerräten zusammengesetzt wird. Ihr werdet in nächster Zeit eine Anfrage bekommen, wer in dieser Kommission mitwirken möchte. Ich bitte euch, euch mit dem Thema auseinanderzusetzen und uns dann auch Kandidaten zur Verfügung zu stellen. Es geht unter anderem um die Gesamtplanung des Raumplanungsgesetzes und die Bauplanung allgemein.

Herr Gemeinderat Tony Süess: Dimitri Spiess hat an der letzten Einwohnerratssitzung eine Anfrage betreffend Leistungsanalyse und Kostenverteilung gestellt. Der Grosse Rat hat darüber diskutiert. Nun wurde das Behördenreferendum ergriffen. Am 8. März 2015 kommt es zur Volksabstimmung. Gemäss Aussagen des Regierungsrats werden die Gemeinden in den nächsten vier Jahren eher entlastet als belastet, doch wegen der Volksabstimmung ist noch keine konkrete Zahl zu nennen. Es sieht jedoch danach aus, dass die Gemeinden finanziell entlastet werden.

#### Informationen von Herrn Präsident Urs Zbinden:

Andreas Frey hat seine Demission eingereicht. Er war heute letztmals in unseren Reihen anzutreffen. Er zieht weg. Wir danken ihm für sein Engagement und seine interessierte Art und wünschen ihm alles Gute für die Zukunft. Er bleibt uns aber als Mitglied der Umwelt- und Heimatschutzkommission, in welcher er seit dem 10. Mai 2010 Mitglied ist weiter erhalten und darüber sind wir sehr froh.

Grüne	Andreas Frey	Einwohnerrat vom 13. Februar 2011 bis 12. Dezember 2014	knapp 3 Jahre
-------	--------------	---	---------------

#### Dank

Der Präsident dankt Debora Strub, Armin Meier, dem Polizisten Rolf Frei sowie den Lernenden Yannick Müller und Christian Russo, die für das Gelingen der Sitzung verantwortlich waren.

5033 Buchs AG, 10. Dezember 2014

#### Einwohnerrat Buchs AG

Der Präsident

Die Protokollführerin

Urs Zbinden

Sonja Büchli